

Ein Stück Gerechtigkeit

Protest erfolgreich: Cramer-Stiftung schenkt Osnabrücker Pflegeschülern das Schulgeld

Von Wilfried Hinrichs

OSNABRÜCK Öffentlicher Protest kann sich lohnen: Die angehenden Pflegeassistenten an kirchlichen Schulen in Osnabrück bekommen ein unverhofftes Weihnachtsgeschenk. Die Cramer-Stiftung ersetzt ihnen das Schulgeld. Das Geld wird noch vor Weihnachten ausgezahlt. Die große Ungerechtigkeit ist damit aber nicht beseitigt.

50 angehende Pflegeassistenten der Berufsbildenden Schulen im Marienheim Suttshausen hatten im Oktober Niedersachsens Kultusminister Grant Henrik Tonne einen Brief geschrieben. Es sei „ungerecht und nicht nachvollziehbar“, dass die Pflegeassistenten an freien Schulen in Niedersachsen bislang nicht in die Schulgeldbefreiung einbezogen wurde, schrieben sie dem Minister. Tonne äußerte in seiner Antwort Verständnis für die Auszubildenden, konnte ihnen aber für das kommende Jahr keinen Erlass des Schulgeldes in Aussicht stellen.

Der Bericht unserer Redaktion darüber setzte etwas in Gang. Gisela und Hans-Ulrich Cramer, die vor fünf Jahren eine Stiftung ins Leben gerufen haben, lasen ihn in der Zeitung und boten Hilfe an. Und die erreicht noch vor Weihnachten die Pflege-Auszubildenden: Die Cramer-Stiftung zahlt das Schulgeld für dieses und das kommende Schuljahr. Das Schulgeld beträgt 600 Euro im Jahr, hinzu kommen Materialkosten von 300 Euro. 50 Auszubildende am Marienheim und sechs Pflege-Azulis der Diakonie dürfen sich freuen.

Der Skandal bleibt

Die gute Nachricht verkündete am Donnerstag Gerhard Töller, ehemaliger Diakonie-Geschäftsführer und enger Vertrauter von Gisela und Hans-Ulrich Cramer.



Ihr Protest war erfolgreich, zum Teil zumindest: Die Cramer-Stiftung übernimmt das Schulgeld für die Pflege-Assistenten an kirchlichen Schulen. Das Grundproblem ist damit aber nicht gelöst.

Foto: Swaantje Hehmann

Das Stifter-Ehepaar zieht es vor, nicht in der Öffentlichkeit aufzutreten. Zweck der Cramer-Stiftung ist es, „zur Verbesserung der Lebensverhältnisse älterer Menschen beizutragen“, wie es in der Satzung heißt. Ein ganz wesentlicher Faktor sei dabei, die Pflegeberufe zu stärken und attraktiver zu machen, sagte Töller. Die Stiftung unterstütze mit der Spende eine Berufsgruppe, die bislang sträflich missachtet worden sei. Töller betonte: „Das ist jetzt eine Sondersituation. Die Stifter wollen den Pflegeschülern in der akuten Situation helfen, sie wollen aber nicht auf Dauer eine eigentlich staatliche Aufgaben übernehmen.“

So sehen es auch alle anderen Beteiligten. Friedemann Pannen, Theologischer Geschäftsführer der Diakonie,

bewertete es als „skandalös“, dass es noch keine Schulgeldfreiheit in allen Pflegeberufen gebe. „Es ist ein Unding, Menschen sagen zu müssen, dass sie für die Pflegeausbildung Geld zahlen müssen.“ Dass die Cramer-Stiftung einspringe, dürfe für die Politik kein Anlass sein, sich zurückzulehnen.

Eva-Maria Siemer, Leiterin der BBS Marienheim, dankte dem Stifterehepaar und bekräftigte, wie sehr die Schuldgeldzahlung die jungen Menschen finanziell, vor allem aber emotional belastete. „Sie sitzen mit anderen im Bus und vergleichen sich. Die anderen verdienen Geld in der Ausbildung, und sie müssen dafür noch zahlen“, so Eva-Maria Siemer. Die Gesellschaft dürfe keine Hindernisse aufbauen, sondern müsse alles dafür tun, jungen

Menschen den Weg in einen Pflegeberuf zu erleichtern.

Auch Christof Wokkittel, Schulleiter der Diakonie Pflegeschulen, nahm das Wort „Skandal“ in den Mund. Die Ungleichbehandlung der Pflege-Assistenten an privaten Schulen müsse aufhören. Georg Schomaker von der Schulstiftung des Bistums sagte, die Spende der Cramer-Stiftung sei ein „tolles Zeichen der Anerkennung“ für die Leistung der Pflege-Assistenten.

Viele Pflege-Auszubildende müssen nebenbei jobben, um über die Runden zu kommen. Doch Aushilfsjobs sind in der Corona-Krise rar oder ganz gestrichen. Einige Schüler haben Anspruch auf Bafög, in Härtefällen erlassen die kirchlichen Schulträger das Schulgeld. Die 50 Euro im Monat schließen nach den Wor-

ten Wokkittels die Lücke in der Finanzierung nicht. „Um kostendeckend zu arbeiten, müssten wir 120 Euro Schulgeld nehmen.“

Klatschen reicht nicht

In ihrem Brief an Minister Tonne hatten die Schüler beklagt: „Es macht uns traurig, dass unsere Leistungen dem Land Niedersachsen offensichtlich nicht so viel wert sind wie zum Beispiel die der zukünftigen sozialpädagogischen Assistenten, die im Klassenraum direkt nebenan sitzen und ihre Ausbildung finanziert bekommen.“ Und weiter heißt es: „Zusammenfassend möchten wir sagen, dass Klatschen wirklich nicht genug ist.“

Kultusminister Tonne stellte in seinem Antwortschreiben die Schulgeldbefreiung in weiteren Gesund-

heitsfachberufen, darunter die Berufsfachschule Pflegeassistenten, in Aussicht. Doch wegen der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie stehe im Haushalt 2021 dafür kein Geld zur Verfügung. Die CDU/SPD-Regierung hatte zu Anfang der Wahlperiode die Abschaffung aller Schulgelder bis 2022 versprochen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise. Priorität hatten zunächst die Berufe in der Kinderbetreuung.

Erheblichen Anteil am Zwischenerfolg der Pflegeschüler hat Lehrerin Hildegard Wittke. Ihre Reaktion, als sie am Donnerstag von der Nachricht hörte: „Das ist toll, das ist ein großartiges Zeichen der Wertschätzung. Wir werden uns in der Klasse etwas Schönes als Dankeschön für die Familie Cramer ausdenken.“